

EU's Wirtschafts-Regierung zwingt Staaten, letzte Souveränität abzugeben, diktiert alle nationalen Etats, tötet den Euro

25. Januar 2011 von [honigmann](#)

*Bundeskanzlerin **Merkel** und Präs. **van Rompuy** haben gesagt, wenn der Euro falle, falle Europa. Viele glauben, dass der Euro fallen werde – aber dies sollte sicherlich nicht begrüßt werden: Wie Brzezinski sagte, sei Regionalisierung eine Voraussetzung für die Schaffung **einer Weltregierung**. Um deren **Weltwährung**, den Bancor nach Keynes, einzuführen, ist es notwendig, dass der Dollar und der Euro zusammenbrechen.*



*Aber die EU macht weiter mit der Maskerade: Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 hat Barrosos lieber Freund, **der Rothschild-Scherge** und Trilaterale Kommissionist, **Jacques de Larosière**, uns ein Wirtschaftsregulierungssystem beschert, bestehend aus den gleichen Kräften, die so bequem die vielen Gefahrenzeichen, die zur für die Londoner und Wall-Street-Banker so einbringenden Finanzkrise führten, ignorierten.*

*Diese Krise brachte den Tätern große Mengen an Geld von Hausbesitzern, die ihre Heime verlassen mussten, sowie von den Steuerzahlern durch Rettungsaktionen als Dank für die rücksichtslosen Spekulationen der Banker. Ein Europäischer Systemischer Risiko-Vorstand (ESRB) ist voll von **Rothschilds EZB** und nationalen Zentralbankchefs. Darüber hinaus gibt es die ESA, die Europäische Überwachungsbehörde der Märkte, **Die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA)**, eine Europäische Behörde für Versicherungswesen und die Betriebliche Altersversorgung (EIOPA) sowie eine Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA).*

*Nachdem sie drastische Sparmaßnahmen in PIIGS- und anderen EU-Ländern eingeführt haben, sagt die EU-Spitze jetzt, die Maßnahmen seien gar nicht tiefgehend genug, um zu beißen – trotz heftiger Proteste dagegen. **Viel mehr Strenge sei erforderlich, vor allem die Wohlfahrtstaaten seien stark abgebaut zu werden, u.a. seien das Rentenalter sowie Steuern und die Bemessungsgrundlagen anzuheben.***

Die EU fordert das Recht, uns zu besteuern.** Die Kommission glaubt, das werde die Beschäftigung steigern – obwohl die Menschen weniger Geld haben, um die Nachfrage anzukurbeln. Dies, zusammen mit ETS-Gebühren und Entgelte für den nutzlosen CO2-Umsatz auf den Klimabörsen der Banker ist ein Rezept für Unruhe in der EU. Es sieht ganz so aus, als ob die EU dies anstrebt. **Um es noch schlimmer zu machen, gewährt die EU-Kommission mit Unterstützung des EU Gerichtshofes 50.000 EU-Beamten – einschließlich der Richter – eine Gehaltserhöhung von 3,7%, um so brav Millionen von Europäern in die Arbeitslosigkeit geschickt zu haben. Die Gewerkschaften sind empört.

Die EU fordert von protestierenden, verschuldeten Ländern, dass sie ein EU-Rettungspaket annehmen müssen, wobei diese Länder jegliche Souveränität

*an Brüssel verlieren. Als nächstes Land auf der Liste ist nun Portugal, obwohl seine Regierung sagt, es brauche kein Rettungspaket. **Experten meinen, diese Rettungsaktionen seien völlig wertlos:***

- 1. Sie verhindern nicht die Ansteckung durch das todkranke EU-Konzept des Euro.*
- 2. Der Rettungsmechanismus sei ein Durcheinander.*
- 3. Es gebe keinen Plan für Länder, um heraus aus dem Rettungs-Mechanismus zu kommen.*
- 4. Schließlich machen all die Fehler, die mit dem Rettungsmechanismus verbunden seien, den Zusammenbruch des Euro eher wahrscheinlicher. Anleger können ganz klar sehen, dass die EU- und IWF-Medizin nicht funktioniere.*

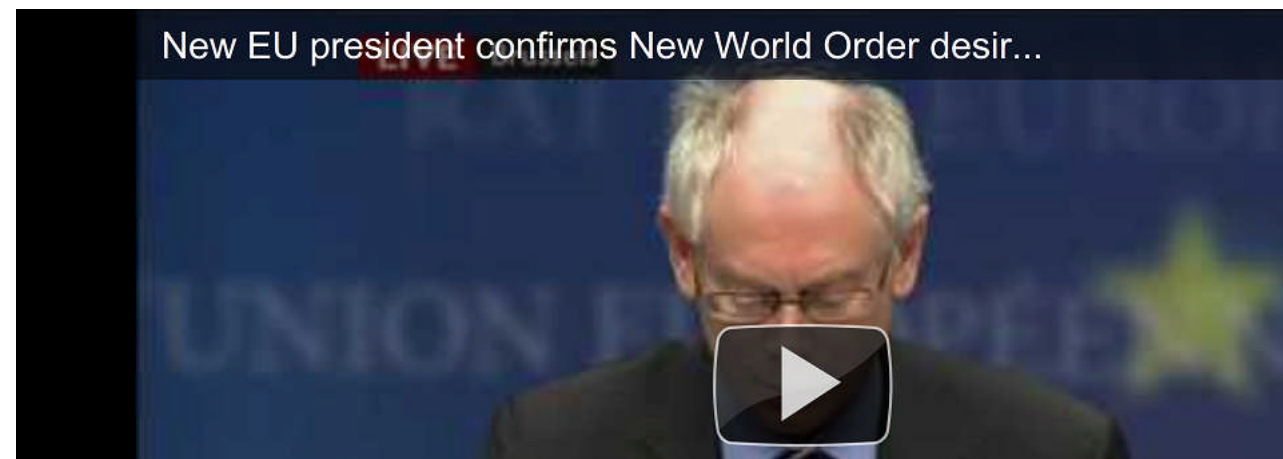
Ich persönlich glaube nicht, dass der Euro fehlschlagen wird, bis diese finanziellen Genies uns den letzten Cent aus der Tasche gezogen haben. Die Überwachung gilt für die Volkswirtschaften aller EU-Mitgliedstaaten. Mit dem bevorstehenden Diktat, die EU solle alle nationalen Etats vor der



nationalen Parlamentsvorlage gutheissen, hat die EU nun Europas Staaten zu Vasallen gemacht.

[Angela Merkel sagte](#) – wie auch der [EU-Präs. van Rompuy](#): **“Wenn der Euro fällt, fällt Europa”** – als ob das eine Tragödie wäre. Welches es in der Tat ist, denn nach dem Euro folgt der *Bancor*, **die Weltwährung** (siehe die [“Reserve Accumulation and International Monetary Stability”](#) des IMF).

Die bereits bestehende [Weltregierung](#), die gem. [EU-Präs. van Rompuy](#) -





- im Jahr 2009 durch [die G20](#) ins Leben gerufen worden sei, wird die Welt offen regieren, die offensichtlich nicht einmal von den regionalen Regierungen wie der EU geregelt werden kann. Zbigniew Brzezinski hat darauf hingewiesen, dass die **Weltregierung** nur durch [Regionalisierung](#) möglich sei. Also, mal sehen, wie dieser Plan voranschreitet.

EU-Staats-Rettungsmedizin ist nutzlos – scheint eine Intrige zu sein, um die EU-Länder unter Brüsseler Kontrolle zu zwingen

[Jan. 18 Bloomberg Business Week](#): Diesmal ist es **Portugal**. Dennoch scheint das Skript sehr ähnlich dem, das bereits in Griechenland und Irland gespielt wurde. Die Anleiherenditen schiessen empor. Die Regierung bestreitet wütend jegliche Notwendigkeit einer Rettungsaktion. Französische und Deutsche Führer wiederholen einige ihrer Linien über die Bedeutung der europäischen Solidarität. **Die Jungs** des Internationalen Währungsfonds sowie der Europäischen Union **packen ihre Koffer** und überprüfen die Flugpläne. Ehe man sich's versieht, sind die trotzigen Worte verschwunden, und die Rettungsaktion hat begonnen.

Es macht keinen Sinn:

1. Die Ansteckung wird nicht aufhören.
2. Der Rettungs-Mechanismus ist ein Durcheinander.
3. Es gibt keinen Plan, um die Länder aus dem Rettungs-Mechanismus herauszunehmen.
4. Schließlich machen all die Fehler im Rettungs-Mechanismus ein **Auseinanderbrechen des Euro wahrscheinlich**. Anleger können ganz klar sehen, dass die EU- und IWFmedizin nicht funktioniert.

[EU Presse-Mitteilung d. 17 Nov. 2010](#) (Dok. 39/10, 40/10, 41/10, 42/10, 43/10 und 13694/10).

Der Rat verabschiedete Verordnungen über:

1. Den **Europäischen Systemischen Risiko- Vorstand (ESRB)**, der für die Makroaufsicht des Finanzsystems zuständig ist, sowie drei neue Aufsichtsbehörden auf der Mikro-Finanz-Ebene (alles erbaut von der Rothschild-



Marionette, [Jacques de Larosière](#) – rechts mit seinem “lieben Freund”, José Barroso). De Larosière ist auch ein alter [Trilateraler Kommissionist](#), der die Marionetten, die es vor der ersten Finanzkrise im Jahr 2008 unterliessen, gegen den grundlegenden finanziellen Wahnsinn einzugreifen, mit ihrer ”Aufsicht” weiter machen lässt.

2. Eine *Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA)*,
3. eine *Europäische Aufsichtsbehörde für Versicherungswesen und für Europäische Renten- und Betriebliche Altersversorgung (EIOPA)* sowie
4. eine *Europäische Wertpapier- und Märkteaufsichtsbehörde (ESMA)*. Diese 3 werden **ESA** benannt: Die Europäische Aufsichtsratsbehörde.

Die vier neuen Körperschaften werden Teil eines europäischen Systems der Finanzaufsicht, die die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten umfassen wird. Der ESRB und die EIOPA werden in Frankfurt, die EBA in London und die ESMA in Paris angesiedelt werden. Das neue System ist ab 1. Januar 2011 betriebsbereit.

Der ESRB hat die Aufgabe, potenzielle Bedrohungen für die Stabilität des Finanzsystems zu überwachen und zu beurteilen. Wo notwendig, wird er Risikowarnungen und Empfehlungen für **Maßnahmen erstellen** sowie ihre **Umsetzung überwachen**. Risiko-Warnungen und Empfehlungen werden entweder allgemeiner Natur sein oder einzelne Mitgliedstaaten oder Gruppen von Mitgliedstaaten betreffen. Sie werden an den Rat gerichtet werden und gegebenenfalls an die drei neuen Aufsichtsbehörden.

Die Empfehlungen des ESRB werden voraussichtlich einen wesentlichen Einfluss auf die Adressaten ausüben, durch eine hohe Qualität der Analyse, während die Adressaten verpflichtet sind, eine angemessene Begründung zu liefern (*”Handeln oder Erklären“*). Wenn die ESRB-Richter die Reaktion als unzureichend schätzen, werden sie den Rat gegebenenfalls informieren. Von Fall zu Fall, könnte der ESRB entscheiden, nach Anhörung des Rates, die Empfehlungen zu veröffentlichen .

Der Präsident der EZB hat den Vorsitz für eine erste Amtszeit von fünf Jahren.



Alle Macht den Zentralbanken Rothschilds: *Ein kleiner Lenkungsausschuss wird die Arbeits-Tagesordnung des ESRB setzen und Entscheidungen vorbereiten.* Das Programm umfasst den Vorstands-Präsidenten und den Vize-Präsidenten, fünf weitere Mitglieder des Verwaltungsrats, die auch [Mitglieder des Erweiterten Rates der EZB](#) sind (drei aus Mitgliedstaaten des Euroraums und zwei aus Nicht-Euro-Mitgliedstaaten), die Präsidenten der drei ESAs, ein Mitglied der Kommission und den Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschusses (ECF).

Der Generalrat des ESRB-Vorstandes wird aus seinem Präsidenten und Vize-Präsidenten, Gouverneuren der Zentralbanken der Mitgliedstaaten (Rothschild-regiert – mit Ausnahme derjenigen von [5 Ländern](#)), dem Präsidenten der EZB – [der CFR- und Rothschild-Marionette, Jean- Claude Trichet](#) – (oder dessen Vize-Präsidenten, wenn ihr Präsident auch den Vorsitz des ESRB führt), **den Präsidenten der drei ESA, einem **Mitglied der Kommission**, und (als nicht stimmberechtigten Mitgliedern) dem Präsidenten des [EFC](#) und den**

Vertretern der nationalen Aufsichtsbehörden.

Die **ESA** ist für die Gewährleistung, dass ein einziger Satz von harmonisierten Vorschriften und einheitlicher Aufsichtspraxis durch die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten angewandt werde. Doch aufgrund der finanziellen Verbindlichkeiten, die für die Mitgliedstaaten beteiligt sein können, dürfen die Entscheidungen der ESA in keiner Weise auf die haushaltspolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten eingreifen.

Jede verbindliche Entscheidung durch die ESA sind auf die Übereinstimmung mit den EU-Gerichten zu überprüfen. Die ESA wird hochrangige Vertreter der Aufsichtsbehörden aller Mitgliedstaaten unter ständigen Vorsitzen umfassen. Die nationalen Behörden bleiben für die Tag-zu-Tag Beaufsichtigung einzelner Unternehmen zuständig, und ein Lenkungsausschuss wird eingerichtet werden, um die Zusammenarbeit zu gewährleisten und den Austausch von Informationen zwischen der ESA und dem ESRB zu koordinieren.

Die Überwachung gilt für alle EU-Staaten – und EU Gutheissung nationaler Etats vor der nationalen Parlamentsvorlage reduziert alle europäischen EU-Mitgliedstaaten zu Vasallen.

[The Telegraph 18 Jan. 2011](#): Die EU sucht neue **“Haushaltsüberwachungs-Befugnisse”**, um gegen den britischen Haushalt (und den aller anderen EU Mitgliedstaaten) Veto einzulegen, bevor es dem Parlament vorgelegt wird, laut Regierungsbeamten. Ein Beamter der Europäischen Kommission, sagte, dass die Richtlinie für alle EU-Länder notwendig geworden sei, um die **“Einhaltung der Schwellen des Schuldenstandes und des Defizits sicherzustellen**. Die Mitgliedstaaten müssen gewährleisten, dass diese Regeln für alle politischen Institutionen und staatlichen Teilsektoren, die für sie arbeiten, gelten”, sagte er.

[The Financial Times Deutschland 20. Jan. 2011](#): **Übervertretung von (Rothschilds) EZB und den Nationalen Notenbanken im ESRB. Die nationalen Aufsichtsbehörden haben kein Stimmrecht!**

Einige Wirtschaftler befürchten, die Notenbank könnte durch die Hintertür ein Doppelmandat erhalten. Es drohen auf mittlere Sicht Interessenkonflikte zwischen Preis- und Finanzstabilität. Die Geldpolitik der EZB und der Nationalen Notenbanken bleibt ohne Überwachung (Vgl. Alan Greenspans katastrophale Niedrigzinspolitik!)

[Bloomberg 20. Jan. 2011](#): “Das Problem ist, dass diese Einrichtungen aufgebaut sind, um die Probleme von gestern zu lösen”, sagte Peter Hahn, ein ehemaliger Banker der Citigroup Inc., der Finanz-Vorlesungen an der Cass Business School in London gibt. “Sie können nie mehr tun, als irgendein Problem zu signalisieren, und ob sie eine Krise stoppen können, ist fraglich.” ”Wenn man nach einer Institution sucht, die uns vor der nächsten Krise retten wird, diese ist es sicherlich nicht”, sagte Carsten Brzeski, Volkswirt bei der ING Group in Brüssel.

[EU Pressemitteilung 12. Jan. 2011](#): **Olli Rehn, EU-Kommissar** für Wirtschaft und Währung: “Ohne verstärkte Haushaltskonsolidierung sind wir auf Gedeih und Verderb auf die Marktkräfte, wie wir gesehen haben, angewiesen. Ohne wesentliche Änderungen in der Art und Weise, in der die europäische Wirtschaft funktioniert, wird Europa stagnieren und wird zum Teufelskreis von hoher Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung und niedrigem Wirtschaftswachstum verurteilt werden.

Wir können es durch **entschlossene Haushaltskonsolidierung** und intensivierete Strukturreformen verhindern.



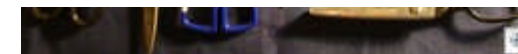
Alle Mitgliedstaaten sollten in erster Linie ihre **Ausgaben** bei gleichzeitigem Schutz der für Wachstum ausgerichteten Ausgaben, insbesondere für Bildung, Forschung und Innovation **anpassen**





Forschung und Innovation anpassen.

Wenn **Steuererhöhungen** notwendig sind – und in vielen Fällen sind sie notwendig – sollten wirtschaftliche Verzerrungen minimiert werden. **Indirekte Steuern** sind wachstumsfreundlicher als die direkten Steuern, und die **Verbreiterung der Bemessungsgrundlage** ist in der Regel besser als Anhebung der Steuern. Wir müssen auch makrowirtschaftliche Ungleichgewichte für die Mitgliedstaaten mit großen **Leistungsbilanzdefiziten bekämpfen**.



Die Reformen der Lohnsysteme und Dienstmärkte sind von größter Bedeutung, um die gesamte wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Ebenso müssen die Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen die Quellen der **schwachen Inlandsnachfrage** erkennen und bekämpfen. Dieses Jahr wird ohne Zweifel wieder ein sehr Anspruchsvolles für Europa, aber es kann auch das Jahr werden, in dem Europa seine Staatsschuldenkrise überwindet, sein Wachstumspotenzial sowie seine Reformen der Ordnungspolitik steigert. Dies erfordert **mutige steuerliche Maßnahmen** und strukturelle Reformen in jedem Mitgliedstaat.

[EUOBSERVER 12 Jan. 2011](#): – Trotz Hunderten von Milliarden, die bereits von den EU-Staatshaushalten im Zuge der Wirtschaftskrise gekürzt worden sind, **sagte die Europäische Kommission am Mittwoch, die Schnitte seien nicht tief oder radikal genug und verlangte noch mehr Strenge von den europäischen Regierungen**. Die EU-Exekutive skizzierte eine Reihe von strengen Empfehlungen, die “Jährliche Wachstumsübersicht” benannt, die die nationalen Hauptstädte zu befolgen haben.

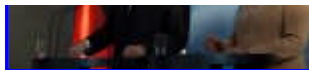
In einer Vorführung der quer-ideologischen Einheit skizzierte **ein Trio der Spitzenbeamten Europas**, der Mitte-Rechts-Präsident, **Jose Manuel Barroso**, der liberale Kommissar für Wirtschafts- und Währungsfragen, **Olli Rehn**, und der linke Beschäftigungskommissar, **László Andor**, die Pläne in der europäischen Hauptstadt. Brüssel will **weitere Einschnitte für Haushalte im Bereich Sozialstaat im Jahr 2012 sehen** – darunter mehr Bedingungen für Leistungen und eine Anhebung des “verfrühten” Rentenalters.

Die Rentenreformen haben sich jedoch als höchst umstritten herausgestellt, wobei Massenstreiks in Frankreich über die Rentenalter-Veränderungen im vergangenen Jahr das Land lahm legten.

Die Drei riefen auch zu einer Steigerung der effektiven Kredit-Kapazität des EU-Rettungs-Mechanismus unter wachsenden Befürchtungen auf, dass der Rettungsfonds der Eurozone möglicherweise nicht ausreiche, sollte Spanien oder Belgien auf seine Türen klopfen.

Allerdings erklärten Frankreich und **Deutschland** den aktuellen Fonds für groß genug. Ein **Machtkampf darüber ist zwischen Merkel und Barroso** ausgebrochen. Die EU-Regierungen werden im Frühjahr die Vorschläge prüfen. Die Vorschläge der Kommission haben sofort Schock und Empörung bei den Gewerkschaften provoziert.





EUbusiness 10 Jan. 2010: **Deutschland und Frankreich wollen Portugal drücken, um ein Rettungspaket zu beantragen, um zu verhindern, dass Spanien und Belgien die nächsten Euro-Krisenopfer werden.** Paris und Berlin wollen auch, dass die Mitglieder der 17 Länder der Eurozone erklären, sie seien bereit, alles zu tun, um die Währungsunion zu retten, einschließlich des Ausbaus eines 750-Milliarden-Euro-schweren Rettungsfonds. Deutsche und französische Experten machen sich Sorgen wegen der hohen Zinsen, die *Portugal* zu zahlen hat, um Geld von Investoren, die durch die öffentlichen Finanzen in Lissabon besorgt sind, zu borgen. *Spanien* ist eine viel größere Sorge für Paris und Berlin, indem seine Wirtschaft doppelt so gross wie Portugals, Griechenlands und Irlands zusammengenommen ist, sein Bankensektor kämpft mit schlechten Schulden, und die Arbeitslosigkeit ist fast 20 Prozent. Investoren sind auch wegen *Belgiens*, das seit fast sieben Monaten ohne eine Regierung ist, zunehmend besorgt.

[The Express 16 Dec. 2010](#): Der **EU-Haushalt** fürs kommende Jahr wurde gestern vereinbart – eine **umstrittene 2,9 prozentige Steigerung der Ausgaben mitten in einem europaweiten Programm der drastischen Sparmaßnahmen in den Mitgliedsländern.** EU-Abgeordnete hatten früher in diesem Jahr für eine sechsprozentige Steigerung gedrängt, ließen sich aber mit einem Kompromiss begnügen, der den jährlichen **EU-Haushalt auf 126.500.000.000 €** wachsen sieht – ein Schritt, der die britischen Steuerzahler zusätzliche 450 Mio EUR pro Jahr kosten wird, wobei Großbritanniens gesamter jährlicher Beitrag auf £ 8.5 Mrd. steigt.

[EurActiv 22 Nov. 2010](#): Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass eine 1,85% **Lohnerhöhung für EU-Beamte** von den Mitgliedstaaten nicht im Einklang mit EU-Vorschriften sei und bestätigte damit einen **3,7% Gehaltserhöhung** wie ursprünglich von der Europäischen Kommission angenommen. Die Lohnerhöhung wird **Auswirkungen auf rund 50.000 EU-Beamte** haben, **einschließlich der Richter** des Europäischen Gerichtshofs.

Kommentar: Dies ist eine direkte Missachtung der Millionen von europäischen Arbeitnehmern, die durch die Sparmaßnahmen, die von diesen EU-Beamten erfunden wurden, in die Arbeitslosigkeit geschickt worden sind.

[EU Pressemitteilung 24. Nov. 2010](#): EU-Kommissions-Präs., **José Barroso**, über die EU-Wirtschaftsregierung: Die Staats- und Regierungschefs haben einstimmig entschieden, dass **Vertragsänderung** erforderlich sei, um den Mechanismus zu etablieren. Wir sollten eine Revision des Vertrags, die die Stimmrechte der Mitgliedstaaten in Frage stellt, nicht akzeptieren. Ich bin froh, dass dieses Argument akzeptiert wurde.

Griechenland und möglicherweise auch andere der am stärksten verschuldeten Euro-Länder müssen die Zahlungen aussetzen und die Rückzahlung ihrer Schulden aufgeben.

[Business.dk 17 jan. 2011](#): Der Vorschlag wird heute von verschiedenen Parteien gestellt, darunter *Goldman Sachs, Barclays und der britischen Wochenzeitschrift, The Economist.*

Mehrere Menschen denken, wir sollten Inspiration aus dem **Brady-Plan** holen, der im Jahr 1980 verwendet wurde, um eine Vielzahl von Entwicklungsländern durch eine kontrollierte Konkursverwaltung zu steuern. Die großen Banken, die Geld an Länder wie Ecuador und Costa Rica geliehen hatten, tauschten ihre Forderungen gegen neue Anleihen ein, die einen niedrigeren Zinssatz oder eine niedrigere nominale Kapitalsumme als das ursprüngliche Darlehen hatte. Zur gleichen Zeit stellten die Schuldnerländer in unterschiedlicher Weise sicher, dass die Kosten der neuen Anleihen zu zahlen wären.

Im Jahr 2015 werden **Griechenlands** Schulden 165 Prozent des BIP erreicht haben, und das Land muss somit 8-9 Prozent seines BIP auf Zahlung von

Zinsen aufwenden. “Es ist für ein kleines Land mit einer schwachen Wirtschaft unerträglich. **Griechenland scheint, in den Konkurs zu gehen**“, schreibt The Economist.

Im Jahr 2015 würde **Irlands** Schulden 125 Prozent des BIP erreicht haben, während **Portugals** Schulden 100 Prozent des BIP entsprechen würden. Diese Verschuldung kann, wenn nur rund vier Prozent Zinsen zu zahlen sind, bewältigt werden. **Belgien** kann es heute. Letzte Woche verkauften **Portugal** und **Spanien** beide Staatsanleihen, 1,25 und € 3 Mrd., bzw., aber zu hohen Zinsen. Portugal hatte 6,7 Prozent Zinsen, was mehr als für Notkredite von der EU und dem IWF ist, zu zahlen – einen Zinssatz, den sich die Länder auf längere Sicht nicht leisten können. Der marktübliche Zinssatz für zehnjährige irische Staatsanleihen ist jetzt bei 8,5 Prozent.

Kommentar

Mit mehr Sparmaßnahmen-Forderungen von der EU sind mehr Rebellionen/Streiks zu erwarten – und das unersättliche Bedürfnis der PIIGS-Länder sowie die entsprechende Geldgier der Grossbanken werden wahrscheinlich zum Fall des Euro führen, wenn dadurch die EU die Macht über alle EU-Länder vollends übernommen hat – und die [EUSSR-Planwirtschaft vollendet hat](#). Jedoch, ich stelle mir vor, das wird erst passieren, wenn die Globalisten uns den letzten Cent aus der Tasche gezogen haben.

“**Eine Krise darf nicht vergeudet werden**“, so wird der US Finanzminister, Timothy Geithner, der ehemalige Direktor der New Yorker Abteilung der Federal Reserve, zitiert.

Wer sind die EU-Aufsichtsbehörden, die alle Gefahrenzeichen vor der ersten Finanzkrise ignorierten? Es sind die gleichen Leute, die die Wirtschaft der EU-Staaten heute überwachen – verstärkt durch **Rothschild-Marionetten** der Europäischen und nationalen Zentralbanken, deren Vorsitzender auch den Vorsitz der European Systemic Risk Board (ESRB) führt. **Der ESRB und die ESA sind ein enormer Verlust der nationalen Souveränität an die übernationale EU.**

Dies ist für die ambitionierten EU-Bürokraten fein: [EUbusiness 24 Jan. 2010](#): “Europa” greift nach den Geldbeutel-Schnüren der Mitgliedstaaten, die es finanzieren. “Europas Antworten werden die (Haushalts-) Koordination der kommenden Jahrzehnte prägen.” Das Problem, wie immer, ist eine “**Übergabe der Souveränität**” von den nationalen Hauptstädten an **Brüssel**, sagte Belgiens Finanzminister, Didier Reynders.

Die EU ist damit beschäftigt, die Wohlfahrtsstaaten wegzuschneiden – trotz aller Unruhen aus diesem Grund in Frankreich, Griechenland, Portugal, Irland – und trotz der verdutzten Gewerkschaftsführer.

Diese Arbeitslosigkeitskrise, **die Plünderung der Europäer** von rücksichtslosen **NWO-Eurokraten** und Politikern durch ihr völlig unprofessionelles Euro-Projekt sowie ihre hausgemachte Finanz/ Wirtschaftskrise dienen als Futter für die Bankier-Haie: All dies ist die **Neue Weltordnung**, die [die EU](#) und [hier](#) geschaffen hat – und denen die EU nun verhilft, auf unsere Kosten fertigzustellen, indem die EU alle Wirtschaftsgewalt übernimmt und **die Nationalstaaten entmündigt**. <http://euro-med.dk/?p=20108>



Gruß

Der Honigmann